

# „Jetzt dem Abbau Süd entgegensteuern“

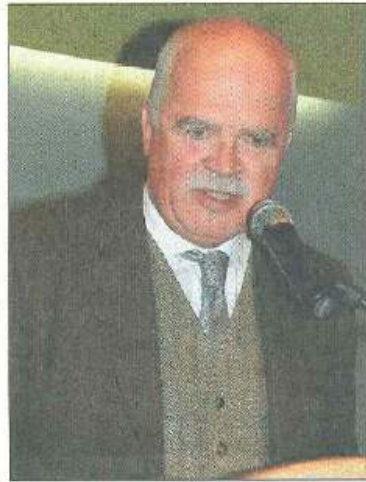
CSU-Querdenker Dr. Peter Gauweiler referierte über die Zukunft des Freistaats

**Moosburg. Bayern - Deutschland - Europa - Globalisierung:** Beim Neujahrsempfang der örtlichen CSU referierte der analytisch brillante CSU-Querdenker Dr. Peter Gauweiler über die Zukunft des Freistaats. Sein Fazit: Eine Neuordnung innerhalb der Bundesrepublik und der EU muss erfolgen. Dabei spannte er weite Bögen und bewies viel Wissen. Eine Schwäche hatte der lebendige Vortrag allerdings: Gauweiler referierte deutlich mehr darüber, welches Europa er nicht haben will. Wie Bayern seine 1500 Jahre alte Identität konkret wahren kann, blieb in vielen Bereichen offen oder beschränkte sich aufs Monetäre.

George Orwell habe in „1984“ ein Groß-Asien, Groß-Afrika und so weiter als Horrorvision dargestellt. Gleiches gelte für ein Groß-Europa, wo man seiner Meinung und aus der Sicht Bayerns nach dem Fall des Eisernen Vorhangs das ZK lediglich von Moskau nach Berlin und Brüssel verlagert habe. Eingekleidet habe man dieses Revirement in den Lissabon-Vertrag, ein „Monstrum von 800 Seiten“.

Gegen dieses hatte er vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt und dabei insofern Recht erhalten, dass der Lissabon-Vertrag per se

zwar mit dem Grundgesetz vereinbar ist, dass der Bundestag jedoch bei weichenstellenden Entscheidungen nicht außen vor bleiben darf. Dies sei vergleichbar mit dem salomonischen Urteil zum Grundlagenvertrag mit der DDR, so der CSU-Politiker: Das von Willi Brandt ausgehandelte Vertragswerk habe die DDR faktisch anerkannt, die Beibehaltung nur einer Staatsbürgerschaft habe, dann die von der CSU eingereichte Verfassungsbeschwerde bewirkt. Ansonsten wären nach dem Mauerfall Bürger aus Dresden oder Neustrelitz Ausländer gewesen. Der Mauerfall und die Wiedervereinigung selbst seien nicht mit der Reichsgründung von 1871 vergleichbar, sondern mit der Entdeckung Amerikas im Jahr 1492. Der Begriff „Deutschland“ sei ein volatiler, und noch nie in der Geschichte habe es eine Phase gegeben, in der alle deutschsprachigen Regionen einen zentralistischen Staat gebildet hätten. Hieraus leitete Gauweiler eine Art Ur-Föderalismus ab. In seiner Ablehnung des Lissabon-Vertrags kannte er keine ideologischen Scheuklappen: Zwischen ihm und Gregor Gysi passte teilweise kein Blatt Papier, zu Parteifreunden trennten ihn ganze Papierfabriken. Ebenso zu Heiner Geißler: Der hatte den Gedanken der Wiedervereini-



Der Strauß-Fan sucht ein Europa als Idee: Dr. Peter Gauweiler (Foto: fi)

gung dereinst als „Lebenslüge“ der Deutschen bezeichnet.

Gauweiler ist gegen „Vereinigte Staaten von Europa“: Das USA-Prinzip „e pluribus unum“ - „aus vielen Eines“ - sei nur bei Einwanderernationen und auf Kosten der Urbevölkerung realisierbar. Dies schließe allerdings nicht aus, dass man bestimmte Kompetenzen höheren Ebenen überantwortete.

Konkret forderte Gauweiler eine Neuordnung der Finanzen. Es gehe nicht an, dass Deutschland Netto-

zahler in der EU sei, ohne dass man die Aufbauleistungen in der heruntergewirtschafteten ehemaligen DDR berücksichtige. Es bedürfe einer Person, die wie seinerzeit Margaret Thatcher in Brüssel die Ratskollegen mit der durch Schlagen der Handtasche auf den Tisch untermauerten Forderung „I want my money back“ so lange nerve, bis das Fiskalische geregelt sei. Gleiches gelte innerhalb der Bundesrepublik: Der Aufbau Ost sei abgeschlossen, nun gelte es, dem Abbau Süd entgegenzusteuern. Dazu müsse ein neuer Länderfinanzausgleich her, zumal Nordländer den Staat als Versorgungsanstalt betrachteten und „eine andere Denke“ mitbrächten.

Nachdem es sich um eine CSU-Veranstaltung gehandelt hatte, positionierte Gauweiler auch seine Partei. In dieser Gemeingelage müsse die „CSU wieder als CSU erkennbar sein“, die durch Werbeagenturen verbreitete „halbschwule Grundstimmung“ solle einer Vertretung der Interessen weichen. Dann werde auch die CSU wieder im Ansehen steigen, auch wenn das von Ortsvorsitzendem Thomas Kersch er erwähnte Unterschreiten der 40-Prozent-Marke in den jüngsten Umfragen zu pessimistisch sei: Man sei bei „großartigen“ 41 Prozent, so Gauweiler lakonisch. -fi-

vom 15. Januar 2010